

Sitzung der Deutschradikalen Partei.

Bestrebungen zur Vereinigung der deutschen Abgeordneten; Deutsch-österreichischer Vaterlandsverband; deutscher Block.

Gestern um 2 Uhr nachmittags trat die Vollversammlung der Deutschradikalen Partei im Abgeordnetenhaus unter Vorsitz des Abgeordneten K. D. Wolf zusammen. Die Sitzung wurde um 7 Uhr abends abgebrochen und heute vormittags fortgesetzt.

Die in den Beschlüssen der tschechischen Abgeordneten in Prag neuerdings zutage getretene staatsfeindliche Haltung wurde aufs Schärfste verurteilt und juridisch-gerichteten. Gleichzeitig wurde beschlossen, gegen etwaige weitere Ausschreitungen von Tschechen und Südslaven im Abgeordnetenhaus mit allen Mitteln aufzutreten, da es der Regierung offenbar an Kraft fehlt, den unerhörten Freimut der Tschechen und Südslaven gegenüber in die Schranken zu verweisen. Die Deutschradikale Vereinigung erwartet aber auch von den anderen deutschen Parteien, daß sie eine Fortsetzung des hochverräterischen Treibens der Tschechen und Südslaven im Reichsrat nicht dulden und zu tatkräftiger Abwehr schreiten werden.

Angeichts der Vorgänge in Prag erregten die beiden an den Abgeordneten Stanek gerichteten Schreiben des Präsidenten Dr. Groß, die in der Sitzung mitgeteilt wurden, das lebhafteste Befremden der versammelten Abgeordneten.

Bei Besprechung der Versammlungsstätigkeit in den letzten Wochen kam die Unstimmigkeit zwischen Abgeordneten Wolf und Dr. Titta zur Sprache. Allgemein wurde hierbei der von Dr. Titta angeschlagene Ton bedauert, um so mehr, als sich herausgestellt hat, daß die ganze Angelegenheit offenkundig auf ein Mißverständnis zurückzuführen ist, das durch völlig entstellte und unrichtige Wiedergabe einer angeblichen Äußerung des Abgeordneten Wolf hervorgerufen wurde. Jedenfalls hat es sich bei dieser Zwischenträgerlei gewissen Reuten darum gehandelt, aus einem Zwist im deutschnationalen Lager Gewinn zu ziehen.

Anknüpfend an die bereits vor Weihnachten unternommenen Schritte zur Bildung einer die deutschnationalen Parteien umfassenden Gemeinschaft zwecks wirksamer Vertretung der deutschen Interessen wurde der Obmann beauftragt, an die deutschnationalen Parteien heranzutreten, um deren Zusammenschluß in einem deutschösterreichischen Vaterlandsverbande unter Wahrung der vollen Selbständigkeit der eintretenden Parteien ehestens in die Wege zu leiten.

Der Obmann wurde ferner ermächtigt, die Schaffung eines deutschen Blocks, dem die Vertreter aller deutschen Wahlbezirke angehören sollen, in Anregung zu bringen, um den staatsrechtlichen Annahmen der Tschechen und Südslaven mit ganzer Kraft entgegenzutreten und ihre unausgesetzten Angriffe erfolgreich abzuwehren.

In diesem Sinne wurde die Absendung nachstehenden Schreibens an die Obmänner der deutschnationalen Parteien beschlossen:

Euer Hochwohlgehorner! Sehr geehrter Herr Kollege! Die Entwicklung der politischen Verhältnisse im österreichischen Reichsrat und die Gestaltung der Beziehungen Österreichs zum Auslande erheischen dringender denn je das feste Zusammenhalten aller deutschen Abgeordneten, wenn es sich um Angelegenheiten des deutschen Volkstumes handelt. Daher scheint die Zusammenfassung der Vertreter aller deutschen Wahlbezirke auf nationaler Grundlage in hohem Maße wünschenswert. Wir verkennen die Schwierigkeiten nicht, die sich diesem Ziele entgegenstellen, soweit es sich um jene Parteien und Abgeordneten handelt, die seinerzeit dem Deutschen Nationalverbande nicht angehört haben. Wir glauben aber, daß bei voller Aufrechterhaltung des Geistes der bestehenden Parteien zumindestens die Möglichkeit eines Zusammenschlusses derjenigen Abgeordneten, welche dem Deutschen Nationalverbande angehört haben, zur Wahrung der nationalen Interessen jederzeit gegeben ist. Alle Versuche, ein geeintes Vorgehen der deutschen Parteien zu erreichen, müssen aber scheitern, wenn nicht von vornherein gewisse nationalpolitische Ziele aufgestellt werden, deren Vertretung unbedingte Voraussetzung für die Zugehörigkeit zu einem wirksamen Verbände der deutschen Abgeordneten sein müßte und deren auch nur teilweise Nichtanerkennung oder auch nur fallweise Ausgerachlassung bei Abstimmungen und gelegentlich des Auftretens in der Öffentlichkeit ohne weiteres Verfahren die Ausscheidung der Schuldtragenden zur Folge haben müßte.

Es liegt in der Natur der Sache, daß die Grundlage einer solchen Gemeinschaft sich nicht auf wirtschaftliche Fragen erstrecken könnte, weil die Verschiedenheit der Anschauungen auch in der Wählerschaft selbst eine viel zu weitgehende ist, und weil vernünftigerweise niemandem zugemutet werden kann, seine parteiprogrammatischen Grundsätze über Bord zu werfen.

Wohl aber dürfte die weitaus überwiegende Mehr-

heit der Abgeordneten, welche seinerzeit den Deutschen Nationalverband gestiftet haben, in Uebereinstimmung mit ihrer Wählerzahl vom festen Willen besetzt sein, die Rechte des deutschen Volkes in Österreich zu wahren und für diese mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu kämpfen, wo immer sie angetastet werden und von wem immer der Versuch hierzu unternommen werden sollte. Auf diesem Gebiete also ist die so notwendige Einheitslichkeit der deutschen Parteien gewiß un schwer zu erreichen und es wird sich nur darum handeln, von vornherein den Begriff des nationalen Interesses eindeutig zu bestimmen, um in Zukunft Meinungsverschiedenheiten und sich daraus entwickelnde Streitfragen auszuschließen. Damit müßte unseres Erachtens der Anfang gemacht werden. Sind die Meinungen hierüber einmal geklärt und eine Uebereinstimmung geschaffen, so wird es ein Leichtes sein, zur Vertretung der als allen gemeinsam erkannten Ziele die erforderlichen Aemter und Vertretungskörper zu schaffen. Leider wurde bisher, aber, wie es leicht vorauszu sehen war, mit wenig Erfolg der umgekehrte Weg beschritten, indem immer wieder Vereinigungen gebildet und Personen mit der Vertretung der gemeinsamen Interessen betraut wurden, ohne daß vorher der Kreis dieser gemeinsamen Interessen unzweifelhaft festgestellt worden wäre. Wohl hat es an Versuchen auch dazu nicht gefehlt: Beweis dessen die Einsetzung von Unterausschüssen für einzelne Länder, von denen jedoch nur der deutschböhmische und der deutschmährische ihre Arbeiten begonnen und fortgeführt haben, während die übrigen zur Erledigung ihrer Aufgaben nicht gelangten. Welche Gründe dafür maßgebend gewesen sein mögen, ist an sich gleichgültig. Wenn aber das einmal als richtig erkannte Ziel auch nicht erreicht wurde, bleiben doch alle Voraussetzungen für einen neuerlichen Versuch aufrecht, ja, der Ernst der politischen Verhältnisse drängt gerade jetzt zu einer Wiederaufnahme des Versuches und zu scharfem Festhalten an dem Gedanken einer Einigung über die nationalpolitischen Auffassungen.

Auf Grund der dargelegten Erwägungen macht daher die Deutschradikale Partei den Vorschlag, zwecks Gründung eines deutschösterreichischen Vaterlandsverbandes ehestens zusammenzutreten, und bittet, bei dieser Gelegenheit Vorschläge hinsichtlich solcher Gegenstände zu erstaten, die nach Meinung der von Ihnen, sehr geehrter Herr Kollege, geführten Abgeordnetenvereinigung von allen deutschnationalen Parteien unbeschadet ihrer sonstigen programmatischen Grundsätze vertretbar wären. Wir behalten uns vor, auch unsererseits bei dieser Besprechung mit Vorschlägen hervorzutreten.

Ferner bitten wir, die Bildung eines Vertreters aller deutschen Wahlbezirke umfassenden deutschen Blocks in Erwägung zu ziehen, dessen Bildung sofort nach Bildung des deutschösterreichischen Vaterlandsverbandes anzustreben wäre.

Von vornherein möchten wir zur Vermeidung von Mißverständnissen unseren Wunsch zur Kenntnis bringen, daß die Verhandlungen in vollster Offenlichkeit stattfinden und Vertraulichkeiten auf das allermindeste Maß beschränkt werden sollen, damit in der Bevölkerung nicht unrichtige Vorstellungen über Haltung und Tun der einzelnen Parteien entstehen.

Sobald wir im Besitze der grundsätzlichen Zustimmung zur Beschreitung des von uns vorgeschlagenen Weges von Seiten der Parteien und Abgeordnetenvereinigungen, an die wir unser heutiges Schreiben richten, sind, werden wir uns erlauben, die Vertreter der Parteien, welche unserer Anregung folgen wollen, zu einer Besprechung einzuladen und bitten Sie daher um tunlichst rasche Beantwortung unseres heutigen Schreibens.

Für die Deutschradikale Partei im Abgeordnetenhaus mit treudeutschem Gruß

der Obmann: K. D. Wolf.